

Statement Helena Steinhaus, Gründerin von Sanktionsfrei e.V.

Friedrich Merz will das Bürgergeld abschaffen, Carsten Linnemann drängt auf Totalsanktionen, wenn Menschen eine Arbeit nicht annehmen. Der Fokus der politischen und medialen Debatte liegt auf Totalverweigerern und Leistungsmissbrauch. Dabei war das Bürgergeld nie eine echte Überwindung von Hartz IV. Es blieb eine Notversorgung mit einem Regelsatz, der seit Jahrzehnten fernab jeder Realität errechnet wird. Die Lebensrealität von Menschen in Bürgergeld ist öffentlich kaum bekannt, sondern wird ignoriert oder sogar verdreht. Diese Menschen sind geprägt von Mangel, Angst und Ausgrenzung. Um ihnen eine Stimme zu geben, haben wir sie selbst gefragt, wie ihre Lebenssituation ist. Dazu hat das Umfrageinstitut Verian eine Umfrage unter 1.014 Bürgergeldbeziehenden durchgeführt. Zwei Jahre nach Einführung des Bürgergelds macht diese Umfrage die Lebensumstände von Bürgergeldbeziehenden sichtbar.

Die Betroffenen wurden zu drei Themenbereichen befragt: 1. dem Auskommen mit dem Regelsatz, 2. der Arbeitssuche und ihrem Kontakt zum Jobcenter, 3. ihrer Beziehung zur Gesellschaft. Die Ergebnisse zeichnen ein drastisches Bild von täglichem Verzicht, psychischer Belastung und geringen Erwerbssaussichten. Heute stellt Sanktionsfrei mit den Ergebnissen dieser Bürgergeld-Studie nicht nur Zahlen vor – sondern einen Realitätscheck. Die Missstände, die sichtbar werden, sind nicht das Verschulden der Betroffenen, sondern Ausdruck eines grundlegenden Systemversagens. Hier kommen einige zentrale Befunde. Detailliert können Sie alles in der Studie nachlesen, die auf unserer Webseite zum Download bereitsteht.

1. Der Regelsatz von monatlich 563 € reicht laut großer Mehrheit der Befragten (72 %) nicht aus, um ein würdevolles Leben zu führen. Selbst Grundbedürfnisse werden nicht ausreichend erfüllt: Nur jeder Zweite gibt an, dass in ihrem Haushalt alle satt werden; insbesondere Eltern verzichten zu Gunsten ihrer Kinder auf Essen (54 %). Ein Sozialstaat, der Eltern in diese Prioritätskonflikte zwingt, ist kein Schutzraum. Das zeigt auch deutlich, dass die Diskussion, ob der Regelsatz zu stark erhöht wurde, völlig realitätsfern ist.

2. Der Wunsch, vom Bürgergeld unabhängig zu werden, ist bei $\frac{3}{4}$ der Befragten stark ausgeprägt. Jedoch sind nur Wenige zuversichtlich, dass sie auch eine Stelle finden werden, mit der sie den Bürgergeldbezug beenden können, nämlich nur $\frac{1}{4}$. Neben Hindernissen auf der

individuellen und strukturellen Ebene werden die Jobcenter bei der Arbeitssuche nur als sehr bedingt hilfreich wahrgenommen.

3. Bürgergeld ist nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein emotionales Desaster: 42 % schämen sich, überhaupt Leistungen zu beziehen, 72 % haben Angst vor weiteren Verschärfungen. Nur 12 %, fühlen sich als Teil der Gesellschaft. Wir sprechen hier von Scham, Angst und sozialer Isolation. Diese Gefühle sind keine Nebensache. Scham macht krank. Angst macht mürbe. Und Ausgrenzung zerstört jede Perspektive. Wir müssen diese Debatte grundlegend anders führen und nicht so tun, als gäbe es gute Jobs für all diese Menschen.

Die Ergebnisse zeigen klar: Bürgergeld bedeutet für die Menschen einen täglichen Überlebenskampf. Das ist das wahre Problem, hier müssen wir ran! Stattdessen aber spricht die neue Bundesarbeitsministerin Bas in ihrem ersten großen Interview von „mafiösen Strukturen“ im Bürgergeldbezug. Ein Begriff, der klingt wie aus einem Krimi – aber tatsächlich nichts mit der Realität zu tun hat. Es gibt keine einzige Datengrundlage, die zeigt, dass organisierter Sozialleistungsbetrag ein strukturelles Problem wäre. Was es aber sehr wohl gibt, sind 5,5 Millionen Menschen, darunter hauptsächlich Kinder, Jugendliche, Kranke, Pflegendе, Erziehende, Arbeitende, die am finanziellen Limit in Armut leben und mit immer mehr gesellschaftlicher Schmähung und politischen Verschärfungen rechnen müssen.

Es ist bekannt, dass der tatsächliche finanzielle Schaden durch Sozialbetrug minimal ist. Wer systemischen Missbrauch sucht, sollte bei Cum-Ex und Steuervermeidung anfangen – nicht bei Alleinerziehenden, die auf Essen verzichten, damit ihre Kinder satt werden. Der politische und gesellschaftliche Schaden durch den aktuellen Diskurs ist enorm: Er schürt Misstrauen, rechtfertigt Kürzungen und delegitimiert ganze Menschengruppen. Wenn eine Bundesministerin faktenfrei von „mafiösem Bürgergeld-Betrug“ fabuliert, dann ist das kein Kampf gegen Missbrauch – sondern ein Frontalangriff auf die Würde von Armutsbetroffenen und Populismus mit sozialdemokratischem Etikett. Die politische Debatte muss stattdessen raus aus der Empörungsspirale – und rein in die Realität. Die entscheidende Frage lautet: Kann der derzeitige Regelsatz ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und gibt es überhaupt genügend existenzsichernde Stellen für alle, die arbeiten wollen und können?

Unsere Forderungen sind: 1. Ein sanktionsfreier Regelsatz von mindestens 813 € monatlich. 2. Keine Rückkehr zum Vermittlungsvorrang, sondern Qualifizierung und Begleitung auf Augenhöhe und mit Blick auf reale Chancen. 3. Die Bundesregierung muss auf die Wiedereinführung der Totalsanktionen verzichten! Wir haben in der Studie gefragt, was

Totalsanktionen für die Menschen konkret bedeuten würde: Am häufigsten wird die Angst genannt, obdachlos zu werden. Was kein Wunder ist, denn schon zu Zeiten von Hartz IV war Obdachlosigkeit häufig die Folge von Totalsanktionen. Das dürfen wir nicht wieder zulassen!

Die Ergebnisse zeigen auch, dass die mediale Berichterstattung in diesem Bereich in der Vergangenheit und aktuell zu einem Zerrbild führt. Betroffene müssen mehr in den Mittelpunkt gerückt und mit Menschlichkeit behandelt werden. Die tatsächlichen Einsparpotenziale liegen, wie die Daten zeigen, nicht bei Bürgergeldbeziehenden, sondern z.B. bei Finanzbetrug, Vermögens- und Erbschaftssteuer und fossilen Subventionen. Das Armen-Bashing muss ein Ende haben.